

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 10111, Schillerstraße 2, Hauptgeschäftsstelle: Dresden - N. 1, Moritzstraße 21/22

Redaktion: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 10111, Schillerstraße 2, Hauptgeschäftsstelle: Dresden - N. 1, Moritzstraße 21/22

Druck: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 10111, Schillerstraße 2, Hauptgeschäftsstelle: Dresden - N. 1, Moritzstraße 21/22

Entscheidende Stunden in Lausanne

Neue Verhandlungen mit Herriot

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 5. Juli. Wird der heutige Tag entscheidend sein? Das wird allgemein behauptet, aber wie oft hat man sich schon getäuscht! Dabei ist die Lage durch die deutschen Gegenanträge und Grandis' Erklärung rein verhandlungstechnisch schwierig und kompliziert genug. Trotzdem ist eine baldige Entscheidung — so oder so — aus vielen Gründen wahrscheinlich.

Der Punkt ist erreicht, wo endgültige Entschlüsse unvermeidlich werden.

Wir wünschen der deutschen Delegation hierzu die stärksten Nerven. Wie die Dinge hier in den letzten Tagen gelaufen sind, ist ein völlig reiner Tisch oder das berühmte „Schwamm drüber“ als Einigungsbasis wohl ausgeschlossen. Ebenfalls aber können die Pläne der Gegner für uns in Frage kommen.

Herriot war schon früh am Vormittag, wie vorhergesehen, bei Macdonald und blieb dort 1 1/2 Stunden. Er hat dem englischen Ministerpräsidenten u. a. seine schwierige innerpolitische Lage geschildert, die seine baldige Rückkehr nach Paris erforderlich mache. Näheres über diese Unterredung erfährt man bisher nicht. Nachdem Herriot das englische Hauptquartier verlassen hatte,

erscheinen programmäßig die Herren von Vapen, von Neurath und von Scherwin-Roßat

im Hotel Beau Rivage und begaben sich sofort zu Macdonald. Während sie oben verhandelten, hörte man plötzlich ein gewaltiges Brausen. Alles stürzte ins Freie. Es war der Zeppelein, der in fröhlichem Sonnenschein majestätisch seine Kreise zog und alsdann über die Gärten des Beau Rivage flog. Dabei schimmerte seine Unterseite tiefblau vom Widerschein des Genfer Sees. Macdonald und seine deutschen Besucher traten auf den Balkon und genossen den herrlichen Anblick. Macdonald winkte. Sofort ging das Wort um, Deutschland habe den Zeppelein angeboten und werde ihn dem „gemeinsamen Fonds“ zuführen.

Schon nach etwa 50 Minuten verließen die deutschen Minister wieder Macdonald und begaben sich mit ernstem Gesichtern, ohne irgend etwas zu sagen, zu ihrem Auto, das sie ins Hotel Savoy brachte.

In Konferenzkreisen spricht man viel davon, daß eine Einigung auf der Basis von drei Milliarden bevorstehe. Das ist aber bisher noch reine Kombination. Bestimmte Anzeichen bestehen dafür noch nicht. Die Franzosen haben heute vormittag noch einmal auf vier Milliarden bestanden, doch hält man diese Erklärung nicht für endgültig und unabänderlich. Die Verhandlungen drehen sich gegenwärtig auch darum, ob es sich ganz oder teilweise um unbedingte oder aber um gefällige Zahlungen handeln kann. Auch ein gemischtes System von direkten Zahlungen und Bonds wird erwogen, um so die Gesamtsäfer niedriger halten zu können.

Mit einem völligen Scheitern der Konferenz rechnet heute eigentlich niemand mehr.

Wohl aber damit, daß noch mehr oder weniger wichtige Punkte zur Erledigung übrigbleiben, wenn die führenden Minister mit einer großen Schlussklärung Abschied von Lausanne nehmen. Die Juristen und Sachverständigen würden dann voraussichtlich noch weiter hier tagen, und unter Umständen müßten die Minister zur endgültigen Unterzeichnung noch einmal nach Lausanne zurückkommen oder wenigstens einige von ihnen.

Heute nachmittag findet eine gemeinsame deutsch-französisch-englische Sitzung statt, die vielleicht entscheidend sein wird.

Herriot unnachgiebig

Eine Drei-Milliarden-Forderung der Gläubiger?

Lausanne, 5. Juli. Der französische Ministerpräsident Herriot erklärte nach seiner Unterredung mit Macdonald der Presse, er könne nicht mehr weiter nachgeben und halte an dem bisherigen Gläubigerantrag fest. Ein weiteres Nachgeben würde für ihn die Rabinetsfrage bedeuten.

In französischen Kreisen werden die üblichen pessimistischen Gerüchte verbreitet und erklärt, die deutsche unnachgiebige Haltung mache jede Einigung unmöglich. In dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen sind jedoch derartige Neußerungen selbstverständlich nur taktisch zu bewerten. In ausländischen Konferenzkreisen wird dagegen von der

Möglichkeit einer Einigung auf der Grundlage einer Drei-Milliarden-Abschlussabstimmung

gesprochen. Es liegen aber bisher noch keinerlei Anzeichen vor, aus denen auf eine unmittelbar bevorstehende Einigung geschlossen werden könnte.

Ueber die deutsch-englische Unterredung verläutet,

daß von deutscher Seite von neuem darauf hingewiesen worden ist, daß die Höchstgrenze der deutschen Beteiligung an der Wiederaufbaukasse bei zwei Milliarden liegt und daß im übrigen die bereits hinlänglich bekannten deutschen Bedingungen einer allgemeinen Regelung genannt worden sind. Die Gegenstände stehen sich somit nach wie vor

schroff gegenüber. Macdonald verlorst jetzt, wie er sich selbst bezeichnet, als „ehrlöcher Waffler“ in letzter Stunde die deutschen und französischen Gegenstände zu überwinden.

Die Wirkung des Grandis-Interviews

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 5. Juli. Das bereits mitgeteilte Interview Grandis an den „Zeit Pariser“, das übrigens in dem Pariser Blatt bisher nicht erschienen ist, hat hier größtes Aufsehen erregt. Der italienische Außenminister hat wieder offen ausgesprochen:

Die Regelung, die aus Lausanne hervorgeht, muß eine Endregelung sein und die Annullierung muß sich auf alle europäischen Gläubiger, und Schuldnermächte, auf Reparationen und Kriegsschulden erstrecken.

Es ist jetzt der Augenblick, wo man gegenüber jedem die Bitte des Evangeliums wirklich anwenden muß: Dimitte nobis debita nostra. Aber damit das eintreten kann, ist es nötig, daß jede von den hier vereinigten Regierungen der Mut hat, in Taten mehr als in Worten ihren Teil ganz zu übernehmen an der Verantwortlichkeit, dem Opfer und dem Risiko, wie es die Ehre der Stunde erfordert.

Um so unverständlicher muß es erscheinen, daß von Deutschland alternative Vorschläge, die nicht mehr mit der Linie der totalen Streichung zu tun hatten, am Tage vor dieser sensationellen Erklärung vorgelegt werden konnten. Hat Deutschlands Vorschlag mit seinen wirtschaftlich ungeschätzten Annuitäten Italien alarmiert, da die Fälligkeit mit Grandis verlorengegangen war, oder was steckt sonst dahinter? Jedenfalls zeigt Grandis' Erklärung, daß er, wenn die Dinge weiter so treiben wie in diesen Tagen, ein ganz frühes Ende der Konferenz voraussetzt, ein Ende, das alles andere als eine Vereinigung der Atmosphäre sein würde. Gewiß hat der italienische Außenminister bei alledem auch die internen Kriegsschulden der europäischen Siegermächte im Auge, also auch den besonderen Schuldennachschuß für Italien. Aber die Hauptfrage ist doch die

Rückkehr Italiens zur Forderung der allgemeinen und völligen Schuldentilgung.

Reichsrat und Reichsregierung

Meinungsverschiedenheiten über die Staatsgestaltung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. Juli. Auf der linken Versteht man Meinungsverschiedenheiten, die über die Staatsgestaltung zwischen Reichsrat und Reichsregierung herrschen, zu einem angeblich großen Konflikt zwischen Reich und Ländern aufzubauen. Diesen Bemühungen wird schon jetzt im Reichsfinanzministerium entgegengetreten und es erfolgt eine Erklärung des Sachverhalts, der sich folgendermaßen darstellt:

Der Reichsrat hat im wesentlichen auf drei Gebieten Änderungen im Haushalts vorgenommen, den die Regierung nicht zustimmen konnte.

Zum ersten handelt es sich darum, daß der Reichsrat beschlossen hat, im Etat einzufügen 20 Millionen Mark für die Tilgung von Rentenbankfaktoren zu streichen und diese 20 Millionen für Ost- und Westhilfe und Finanzierung des notleidenden deutschen Metallüberbaus in Ansatz zu bringen. Die Reichsregierung hat diese Änderung sich nicht zu eigen gemacht, weil sie sie als unzulässig betrachtet. Bei den 20 Millionen handelt es sich um den geschätzten Reichsbanküberbau für 1932. Diese Reichsbanküberbau sind gebunden, d. h. sie müssen in der Höhe, in der sie erzielt werden, zur Tilgung von Rentenbankfaktoren Verwendung finden. Dagegen hat die Reichsregierung entgegen der Streichung des Reichsrats 800 000 Mark für gewisse beamtenpolitische Umgruppierungen in den Etat eingefügt. Es handelt sich dabei um die seit langem schon fällige Angleichung der Beförderungsverhältnisse der Assistenten bei den Reichsverwaltungen, d. h. eine Verfürgung der Assistentenbesoldungsfrist, insbesondere bei den jungen Reichsverwaltungen und dabei in erster Linie bei der Reichsfinanzverwaltung. Während in Preußen automatisch alle Verwaltungsassistenten nach fünf Jahren Assistentenlaufbahn in die Sekretärgruppe aufsteigen, besteht eine solche Beförderungsmöglichkeit bei der Reichsverwaltung nur, wenn Sekretärstellen frei werden. Da insbesondere die Reichsverwaltung einen sehr jungen Verwaltungszweig darstellt und mit verhältnismäßig jungen Beamten besetzt ist, haben die Verwaltungsassistenten fast gar keine Aufstiegsmöglichkeit mehr, ein Zustand, dem durch die Einfügung von 800 000 Mark im neuen Reichshaushalt abgeholfen wird.

Schließlich hat die Reichsregierung entgegen den Wünschen des Reichsrats keine Mittel für die

nachdem sich endgültig gezeigt hat, daß jede Verhandlung über Schuldentilgung zu Ergebnissen führen muß, die das Unheil der Welt nur verewigen würden. Für Deutschland ist der Weg nach unserer Meinung nun klar genug vorgezeichnet. Werden wir nun wissen, wo unser natürlicher Platz ist.

Es muß beim deutschen Reim bleiben

Essen, 5. Juli. Unter der Überschrift: „Was geht in Lausanne vor?“ veröffentlicht die hiesigen Zeitungen einen Aufsatz der Vaterländischen Vereine zu einem Vortrag, in dem Prof. Dr. Grimm noch einmal mit aller Deutlichkeit und Schärfe auf die Unannehmbarkeit der jetzigen Gläubigerforderungen in Lausanne hinweist. Prof. Dr. Grimm weist darin noch einmal auf die Lasten hin, die ganz vergessen worden zu sein scheint, daß wir bereits 11,000 Milliarden Reichsmark mit den Young- und Daweszahlungen entrichtet haben, daß diese ungeheure Summe aber nicht aus Eigenem gezahlt wurde, sondern daß sie geborgt worden ist. Diese Tatsache ist im Völkler Bericht vom 28. September 1931 festgelegt worden. Bei einer Verzinsung von 6 Proz. belaufen sich die von Deutschland hierfür allein zu zahlenden Zinsen auf 800 Mill. RM. im Jahre. Dazu kommen 85 Mill. RM. Zinsen aus der Dawesanleihe, weitere 85 Mill. RM. aus der Younganleihe, ferner die amerikanische Schuld von 40 Mill. RM., die belgischen Markforderungen mit 25 Mill. RM.,

so daß wir aus den bisherigen Anleihen allein mit jährlich 875 Mill. RM. Zinsen belastet sind,

selbst, wenn die ganze Restschuld getilgt wird. Der Vortrager unterstreicht ausdrücklich, daß wir unmöglich zu den bestehenden Verpflichtungen neue durch Neuzahlungen hinzunehmen können, sondern daß es unbedingt bei einem deutschen Reim bleiben muß.

Sächsische Industrie an die Lausanner Delegation

Chemnitz, 5. Juli. Die deutsche Delegation in Lausanne ist von den Sächsischen Industrie- und Handelskammern durch den Präsidenten der derzeitigen Vorortskammer Chemnitz unter voller Anerkennung der bestehenden Schwierigkeiten und mit dem Dank für die bisherigen Anstrengungen telegraphisch gebeten worden, auf den deutschen Forderungen zu bestehen.

Bindungssummen für Forderungen wegen des Uebergangs der Völkereisenbahnen auf das Reich eingestellt. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß sie an sich schon so viel Mittel für die Völkereisenbahnen müsse, um ihrer akuten Notlage zu wehren, daß die Mobilisierung weiterer Gelder auch noch für Reichsbahnbindungen zur Zeit unmöglich ist.

Deutschland kündigt den schwedischen Handelsvertrag

Berlin, 5. Juli. Wie der DDD. erfährt, wird der seit dem 1. August 1926 in Kraft befindliche deutsch-schwedische Handelsvertrag nebst zwei Zusatzabkommen noch heute in Stockholm durch den deutschen Gesandten gekündigt werden, und zwar voraussichtlich zu Ende Januar 1933. Die deutsche Regierung bezweckt hiermit zunächst einmal die Befreiung der Zollbindung für Schmittholz, das außerdem noch mit Oesterreich zolltariflich gebunden war. Oesterreich hat aber vor kurzem auf diese Zollbindung verzichtet, so daß sie nur noch mit Schweden befreit. Die von Deutschland im Februar des Jahres bewirkte Verdoppelung des Zollfußes für hartes Schmittholz und die Anfang Juni beschlossene Zollhebung für schwaches weiches Rundholz konnte auf das härtere weiche Rundholz und Schmittholz bisher nicht zur Auswirkung gebracht werden, da die Bindungen mit Oesterreich und Schweden bestanden. Die Möglichkeit einer Zollhebung soll nunmehr durch die Befreiung der Zollbindung mit Schweden geschaffen werden.

Kommunistenüberfall auf Polizeibeamten

Berlin, 5. Juli. Gestern Abend verhielten am Kottbuser Tor mehrere Kommunisten einen Nationalsozialisten niederzuschlagen. Als ein Kriminalbeamter einstritten wollte, wurde er sofort umringt und zu Boden geschlagen. Um sich seiner Angreifer zu erwehren, gab der Beamte mehrere Schüsse ab. Ein 68jähriger Arbeiter wurde in die Herzgegend getroffen und verstarb wenige Stunden später im Urban-Krankenhaus. Der Kriminalbeamte mußte mit erheblichen Kopf- und Armerletzungen in das Städtischen Krankenhaus gebracht werden.

Sicherung der Getreideernte. In den nächsten Tagen wird die Reichsregierung einen Plan zur Sicherung der diesjährigen Getreideernte erlassen.